LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
17. Wahlperiode

Drucksache 17/7099
22. 08. 2018

Große Anfrage

der Fraktion der AfD

Digitalisierung in Wirtschaft und Verwaltung

Die Verfügbarkeit von schnellem Internet ist nicht nur ein relevanter Wirtschaftsfaktor, oftmals trägt sie auch zu einer effizienten Gestaltung von Verwaltungsprozessen bei. Die Landesregierung verständigte sich im Koalitionsvertrag auf die Ausarbeitung eines „e-Government-Gesetzes“, welches die Digitalisierung der Verwaltung entscheidend voranbringen soll.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

Digitalisierung des Mittelstandes, in der Arbeitswelt, in Forschung und Entwicklung – Digitalstrategie in Rheinland-Pfalz

1. Wie viele Start-ups (technologieorientierte Neugründungen) gibt es in Rheinland-Pfalz?
2. Wie verteilen sich die Start-ups auf die Oberzentren Mainz, Koblenz, Trier, Ludwigshafen und Kaiserslautern und ihr jeweiliges Umland (abgegrenzt nach Planungsregionen)?
3. Wie verteilen sich die rheinland-pfälzischen Start-ups auf die verschiedenen Branchen?
4. Welche Forschungsprojekte haben die Forschungsinstitute des Landes in den letzten zwei Jahren aus dem Bereich der Digitalisierung bearbeitet?
5. Welche im Bereich der Digitalisierung tätigen Unternehmen sind in den Technologiezentren mit Landesbeteiligung angesiedelt?
6. Welche Best-Practice-Beispiele zur Digitalisierung aus Rheinland-Pfalz hat die Landesregierung identifiziert?
7. Welche Instrumente der Innovations- und Technologieförderung können Unternehmen zur Digitalisierung nutzen?
8. Wie war die tatsächliche Inanspruchnahme der Instrumente der Innovations- und Technologieförderung des Landes zum Zwecke der Digitalisierung in den Jahren 2015, 2016 und 2017? Bitte Zahl der Projekte, Gesamtsumme und die jeweilige Verteilung auf die fünf Planungsregionen nennen.
9. Welche Instrumente der Investitionsförderung können Unternehmen zur Digitalisierung nutzen?
10. Wie war die tatsächliche Inanspruchnahme der Instrumente der Investitionsförderung des Landes zum Zwecke der Digitalisierung in den Jahren 2015, 2016 und 2017 (bitte Zahl der Projekte, Gesamtsumme und die jeweilige Verteilung auf die fünf Planungsregionen nennen)?
11. Welche Digitalisierungsprojekte werden vom Innovationsfonds II mitfinanziert?
12. Welche Konzepte für die Digitalisierung können von Frankreich übernommen werden?
13. Welche Ideen hat das Wirtschaftsministerium entwickelt, um den Transformationsprozess im ländlichen Raum zu begleiten?
14. Welche richtungsweisenden Innovationen im Bereich der Digitalisierung werden in Rheinland-Pfalz angewendet und wie können diese genutzt werden, um den Transformationsprozess im gesamten Land voranzubringen?
15. Welche Regionen und Kreise sind nach Einschätzung der Landesregierung besonders stark vom Transformationsprozess durch die Digitalisierung betroffen?
16. Welche proaktiven Maßnahmen gibt es speziell für die vom Transformationsprozess stark betroffenen Regionen und Kreise?
17. Welche Notwendigkeiten der Aus- und Weiterbildung hat die Landesregierung identifiziert?
18. Welche Projekte gibt es in Rheinland-Pfalz zur Vorbereitung Geringqualifizierter auf den digitalen Wandel?
19. Was sind die größten Weiterbildungslücken mit Bezug zur Digitalisierung bei Fachkräften in Rheinland-Pfalz?
20. Wie unterstützt die Landesregierung die spezifische berufliche Weiterbildung der Fachkräfte im Bereich der Digitalisierung?

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 28. August 2018

21. Aus welchen Einzelposten ergibt sich die von der Landesregierung genannte Summe von 500 Mio. Euro Ausgaben in dieser Legislaturperiode für die „Strategie für das digitale Leben“?
22. Welche der in der „Strategie für das digitale Leben“ erwähnten Projekte befinden sich bereits in der Umsetzungsphase und welche in der Vorbereitungsphase?

Digitale Verwaltung

23. Inwieweit ist in Rheinland-Pfalz die e-Akte eingeführt und wie viele Verwaltungen arbeiten derzeit bereits damit?
24. Wie wird neben den Verwaltungen in den Zentren die digitale Verwaltung im ländlichen Raum sichergestellt?
25. Wie wird bei länderübergreifenden Verwaltungsvorgängen die Kompatibilität der E-Akte bzw. des e-Governments sichergestellt?
26. Wie soll ein effektiver Datenaustausch mit den rheinland-pfälzischen Kommunen stattfinden?
27. Inwiefern wird die digitale Verwaltung im Asylrecht bereits angewandt (bitte hier aufzeigen, wie mit Personendaten, Fingerabdrücken und sonstigen biometrischen Daten verfahren wird)?
28. Wie weit ist das für 2018 angekündigte e-Government-Gesetz vorangeschritten, wann ist mit einer Einbringung in den Landtag zu rechnen?
29. Wie viele Sitzungen bzw. Arbeitstreffen haben bezüglich der Erarbeitung dieses Gesetzes bereits stattgefunden?
30. Wie viele weitere Arbeitstreffen sind geplant?
31. Wer ist an der Bearbeitung des Gesetzes beteiligt?
32. Rechnet die Landesregierung – vorbehaltlich der Entscheidung des Landtags – mit einer Verabschiedung des Gesetzes im Laufe der aktuellen Legislaturperiode?
33. Wie bewertet die Landesregierung die eigenen Pläne zur Digitalisierung der Verwaltung vor dem Hintergrund der DSGVO?
34. Wie wird der Schutz der persönlichen Daten der Bürger im Zuge des e-Governments sichergestellt?
35. Inwieweit stehen Schriftformerfordernisse bzw. persönliche Anwesenheit einer digitalen Verwaltung im Wege und an welchen Stellen plant die Landesregierung Änderungen bezüglich des Schriftformerfordernisses bzw. der persönlichen Anwesenheit der Bürger?
36. Inwieweit sind die Digitalisierungsziele aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt (bitte einzeln aufführen)?
37. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um Verwaltungsmitarbeiter in der Benutzung der E-Akte und des e-Governments zu schulen?
38. In welcher finanziellen Höhe rechnet die Landesregierung mit IT-Neuanschaffungen und IT-Modernisierungen, um ein effektives e-Government vonseiten der Verwaltung durchführen zu können?
39. Sind durch die Einführung eines e-Governments Arbeitsplätze in der Verwaltung mittel- bis langfristig in Gefahr?
40. Inwiefern plant die Landesregierung Schulungsangebote für digitale Teilhabe an moderner Verwaltung speziell für ältere Menschen zu schaffen?

Für die Fraktion:
Dr. Jan Bollinger